



Online-Presskonferenz vom 29. Oktober 2021

„Die Hälfte der afghanischen Bevölkerung, rund 18 Millionen Menschen, ist auf humanitäre Hilfe angewiesen. Etwa 3,5 Millionen Afghaninnen und Afghanen sind als Binnenvertriebene innerhalb des Landes auf der Flucht; fast ebenso viele sind in Nachbarländer und die Region geflohen. Seit der Machtübernahme durch die Taliban ist die schon zuvor schwache Wirtschaft weiter eingebrochen. Viele Menschen, die sich früher problemlos selbst versorgen konnten, haben ihre Arbeit verloren und sind nun mit ihren Familien auf Hilfe angewiesen. Gleichzeitig vernichtet eine heftige Dürre die Ernteerträge“.¹

AG „Frieden und Internationale Politik“ in der LINKEN Hessen, attac AG Globalisierung und Krieg, Attac Deutschland, Bundesausschuss Friedensratschlag, DFG-VK Gruppe Frankfurt, Drohnen-Kampagne, Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt, Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Kooperation für den Frieden, Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit, pax christi Rottenburg-Stuttgart

¹ Auswärtiges Amt. „Humanitäre Hilfe...“, 06.10.2021: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/afghanistan-node/huhi-afghanistan/2487336>

Zahl der Opfer des NATO-Krieges in Afghanistan

von Joachim Guilliard

Laut dem aktuellen Jahresbericht der UN-Mission in Afghanistan UNAMA liegt die Zahl der von ihr registrierten Zivilist*innen, die in Afghanistan bei Kampfhandlungen getötet wurden, in den letzten 10 Jahren bei 2.800 bis 3.800 pro Jahr.² Das sind 7 bis 10 Tote pro 100.000 Einwohner*innen. Dass das nicht stimmen kann, zeigt ein Vergleich: In Wiesbaden wurden letztes Jahr 57 und in Bremen 83 Opfer von Gewalt pro 100.000 registriert.³

Die gesamte Zahl der direkt durch Kampfhandlungen getöteten Afghan*innen liegt dem „Costs of War“-Projekt der Brown University zufolge in den 20 Jahren insgesamt bei 170.000 – davon werden 46.000 als zivil eingestuft.⁴ Weitere 67.000 Menschen wurden in Pakistan im Rahmen des Krieges in Afghanistan getötet.

Die Wissenschaftler*innen der Brown University gehen davon aus, dass die Zahl der indirekten Todesopfer des Krieges mindestens viermal höher liegt. Sie stützen sich auf eine Studie der Geneva Declaration on Armed Violence and Development, wonach in der Regel, die indirekten Todesfälle 3 bis 15-mal höher liegen als die direkten.⁵ Ein Vergleich im Kongo ergab ein Verhältnis von sechs zu eins.⁶ Durch passive Beobachtungen ließen sich nie mehr als 20% der Opfer erfassen.⁷

Aus der „Body-Count“-Studie der IPPNW zu 10 Jahren „Krieg gegen den Terror“ geht hervor, dass die Gesamtzahl aller Opfer mindestens 5 bis 8-mal so hoch ist, wie die Zahl der beobachteten Fälle.⁸

Man muss daher von einer **Gesamtzahl von mindestens 800.000 Opfern** im Afghanistan-Krieg ausgehen.

Weitere Informationen:

Guilliard, Joachim (2021): *Wie viele Menschen starben im Krieg gegen den Terror?*, Berlin: Berliner Zeitung. Web. 28. Oktober 2021 < <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/wie-viele-menschen-starben-im-krieg-gegen-den-terror-li.183169> >.

Guilliard, Joachim (2021): *20 Jahre »Krieg gegen den Terror« - Eine furchtbare Bilanz*, junge Welt. Web. 28. Oktober 2021 <<https://www.jungewelt.de/artikel/411757.20-jahre-krieg-gegen-den-terror-eine-furchtbare-bilanz.html>>.

² UNAMA (2021): Afghanistan Annual Report on Protection of Civilians in Armed Conflict: 2020, https://unama.unmissions.org/sites/default/files/afghanistan_protection_of_civilians_report_2020.pdf

³ PKS (2020): Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, BKA Mai 2021.

⁴ Boston University (2021): Human Cost of Post - 9/11 Wars: Direct War Deaths in Major War Zones, https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2021/Costs%20of%20War_Direct%20War%20Deaths_9.1.21.pdf

⁵ Geneva Declaration on Armed Violence and Development (2008): Global Burden of Armed Violence, <http://www.genevadeclaration.org/fileadmin/docs/Global-Burden-of-Armed-Violence-full-report.pdf>

⁶ European Journal of Population (2005): Monitoring Trends in Global Combat: A New Dataset of Battle Deaths, https://www.researchgate.net/publication/226303342_Monitoring_Trends_in_Global_Combat_A_New_Dataset_of_Battle_Deaths

⁷ British Medical Journal BMJ (2008): Fifty years of violent war deaths from Vietnam to Bosnia: analysis of data from the world health survey programme, <https://www.bmj.com/content/336/7659/1482.full>

⁸ IPPNW (2015): „Body Count“ – Opferzahlen nach 10 Jahren „Krieg gegen den Terror“, <https://www.ipnw.de/frieden/konflikte-kriege/body-count/artikel/de/opferzahlen-des-krieges-gegen-den.html>

Überblick zum Gesundheitssystem in Afghanistan

von Dr. med. Angelika Claußen

Ungefähr 75 Prozent der Afghan*innen leben in ländlichen Gebieten. Viele sind aufgrund der Entfernung, der schlechten Straßen und der schwachen Infrastruktur von der Gesundheitsversorgung abgeschnitten. Insbesondere in umkämpften Gebieten und in Gebieten, die sich außerhalb der Kontrolle der Regierung befinden.⁹

Weltweit liegt Afghanistan bei der Zahl der Angriffe auf Einrichtungen des Gesundheitssystems weit vorne.¹⁰ Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht von ungefähr drei Millionen Menschen aus, denen 2020 aufgrund von bewaffneten Konflikten und der Schließung von Gesundheitseinrichtungen der Zugang zu lebensnotwendiger, medizinischer Versorgung versagt wurde.¹¹

Ein Beispiel ist der Angriff auf eine Entbindungsstation, die von Ärzte ohne Grenzen in einem Krankenhaus in Kabul betrieben wurde. Im März 2020 wurden dabei 24 Menschen erschossen, darunter 16 Mütter, eine Hebamme von Ärzte ohne Grenzen und zwei Kinder. Einen Monat später schloss Ärzte ohne Grenzen das Projekt. Die Entbindungsstation war mit fast 16.000 Entbindungen im Jahr 2019 eines der weltweit größten Projekte zur Gesundheitsversorgung von Frauen von Ärzte ohne Grenzen. Das Projekt hatte eine Millionen Menschen in Afghanistan versorgt.¹²

Die öffentliche Gesundheitsversorgung in Afghanistan basiert auf dem Basic Package of Health Services (BPHS) und dem Essential Package of Hospital Services (EPHS). Diese wurden von internationalen Geber*innen entwickelt. Ihre Aufgabe ist es den Bedarf an primärer Gesundheitsversorgung zu decken und die sekundäre und tertiäre medizinische Versorgung zu verbessern. Im Rahmen des BPHS werden etwa 80 Prozent der öffentlichen Gesundheitsdienste von internationalen und nationalen NGOs übernommen, der Rest wird vom afghanischen Gesundheitsministerium erbracht.¹³

Den Vereinten Nationen zufolge werden 18,4 Millionen Afghan*innen im Jahr 2021 auf humanitäre Hilfe angewiesen sein – das sind sechsmal mehr als vor vier Jahren.¹⁴

⁹ UNDP (2019): Human Development Reports: Urban Population, <http://hdr.undp.org/en/indicators/45106>

¹⁰ WHO (2021): Surveillance System for Attacks on Health Care, <https://extranet.who.int/ssa/Index.aspx>

¹¹ UNAMA (2021): Protection of Civilians in Armed Conflict. Annual Report 2020, https://unama.unmissions.org/sites/default/files/afghanistan_protection_of_civilians_report_2020_revs3.pdf

¹² Ärzte ohne Grenzen (2021): The Continued Struggle to Access Medical Care in Afghanistan, <https://www.msf.org/continued-struggle-access-care-afghanistan>

¹³ WHO (2021): Afghanistan Country Profile, <https://www.who.int/countries/afg/>

¹⁴ UN OCHA, Afghanistan (2021): COVID-19 Multi-Sectoral Response, Operational Situation Report, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/operational_sitrep_covid-19_18_february_2021_final.pdf

Aktuelle humanitäre und gesundheitliche Lage in Afghanistan

von Dr. med. Atullah Zulfacar

Binnenflucht medizinische Versorgung

Die Binnenflucht in Afghanistan nimmt seit Jahren zu – bisher waren vor allem große Städte wie Kabul, Herat, Kandahar und Nangarhar betroffen. Seit November letzten Jahres beobachtet der Ärzteverein für Afghanische Flüchtling e.V. (AFAF) auch in Mazar e Sharif im Norden des Landes einen Anstieg. Die Zahl der Binnenflüchtlinge variiert stark: zwischen 600.000 und 2,8 Millionen Personen seien seit Jahresbeginn auf der Flucht. Seit Mai wurde ein Anstieg um 70% verzeichnet.

Gerade im Norden ist ihre humanitäre und gesundheitliche Lage fatal. Der letzte Winter war kalt. Es fehlte den Geflüchteten an warmer Kleidung, Brennmaterial und Nahrungsmitteln. Gesundheitliche Versorgung ist kaum existent. Im November vergangenen Jahres begann der AFAF mit Hilfsmaßnahmen, brachte warme Kleidung und Medikamente. In einer mobilen Klinik konnten 30-40.000 Personen medizinisch betreut werden, überwiegend Frauen und Kinder. Die Gesamtzahl der Geflüchteten liegt im Norden jedoch bei ungefähr 140.000 Menschen.

Trotz der Machübernahme der Taliban setzt der AFAF seine humanitäre Arbeit im Osten und im Norden Afghanistans mit Genehmigung weiter fort. Örtliche Behörden, andere NGOs und die Bevölkerung bitten um weitere Hilfsmaßnahmen.

Katastrophale Auswirkungen auf Gesundheitssystem und Wirtschaft

Derzeit sind in Afghanistan 14 Millionen Menschen von Nahrungsmittelknappheit betroffen. Die Mortalität von Kindern und Schwangeren steigt. Das medizinische Personal ist oft selbst auf der Flucht oder bekommt seit Monaten kein Gehalt. Medikamente sind kaum vorhanden. Hilfe aus dem Ausland fehlt.

Hinzu kommen die Stagnierung der Wirtschaft und eine massive Teuerung der Grundnahrungsmittel. Dürre, anhaltender Terror und Krieg sorgen für einen Rückgang der Weizenproduktion, Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit. Die Covid-19-Pandemie verschlimmert die Lage weiter.

Die medizinische Versorgung und die Wirtschaft in Afghanistan stehen kurz vor dem Kollaps.

Forderungen und Perspektiven

Das Land und die Bevölkerung in Afghanistan brauchen dringend umfassende internationale Hilfe – unabhängig von politischen Bedingungen.

Als einzige neutrale Organisation, muss sich der UN-Sicherheitsrat jetzt unter Beteiligung der Anrainerstaaten sowie Indien und der Türkei dafür einsetzen, dass die Neutralität Afghanistans wiederhergestellt wird – ähnlich dem Schweizer Modell. Dazu sollte die „Resolution 1386 des UN-Sicherheitsrates am 20 Dezember 2001“ der International Security Assistance Force (ISAF) zurück ins Leben gerufen werden.

Anstelle von Militär und NATO, sollten UN-Blauhelm-Soldaten Afghanistan bei der Durchführung freier Wahlen unter internationaler Beobachtung unterstützen.

Die Situation von Frauen in Afghanistan

von Paniz Musawi Natanzi

Die Gewalt an Frauen und Mädchen wurde bereits in den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates im Jahr 1998 problematisiert. Mit dem militärischen Einsatz der NATO Truppen im "Krieg gegen den Terror" rückten Frauen und Mädchen ins Zentrum der politischen Rhetorik, die den Einsatz legitimieren sollte.

Die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum wurde ein Siegesmerkmal der „zivilisierten“ Gesellschaften. Afghanische Frauen wurden Objekte eines Staatenfeminismus oder neo-imperialen Feminismus. Von den feministischen und Frauen-Bewegungen, die von Frauen innerhalb ihrer Gemeinden an der Basis mobilisiert wurden, war dieses Bild jedoch weit entfernt.

Im Jahr 2015 wurden 280 Millionen US Dollar für die Gleichstellung der Geschlechter bereitgestellt, um Frauen in Politik, Zivilgesellschaft und in den privaten Sektor zu integrieren.¹⁵ Die Aufsichtsbehörde SIGAR erklärte danach regelmäßig in Berichten, dass nicht nachverfolgt werden konnte wie viel Geld tatsächlich in den Programmen für afghanische Frauen ankam.

Vor allem in urbanen Räumen gewannen Frauen und Mädchen in den vergangenen zwanzig Jahren Zugang zu Bildung, politischer Partizipation und sozio-ökonomische Mobilität. Gleichzeitig waren sie stetig Zielschreibern körperlicher und psychischer Gewalt und Bedrohung. Nationale rechtliche Versuche, Gewalt an Frauen zu kriminalisieren, scheiterten an Djihadischen Stimmen im afghanischen Parlament. In den ländlichen Regionen des Landes konnte nationales und internationales Recht zum Schutz von Frauen und Mädchen häufig gar nicht erst implementiert werden. Programme zur Stärkung des Zugangs von Frauen und Mädchen zum Rechtsstaat waren nur so lange präsent wie es Geld für das „Projekt“ gab.

Seit der Machtübernahme der Taliban konnten bisher wenige Frauen zurück an ihren Arbeitsplatz. Sie müssen nachweisen, dass sie nur mit verwandten Männern in einem Raum zusammenarbeiten. Ehemalige Niedriglohnverdiener*innen im humanitären und privaten Sektor oder Angestellte im öffentlichen Dienst sind auf der Flucht oder warten auf Ausreisevisa. Schulunterricht gibt es nur noch für Mädchen bis zur sechsten Klasse. Unverheirateten Frauen droht die Zwangsheirat. Die Wirtschaftskrise hat die Rate an Unterernährung unter Kindern exponentiell gesteigert. Mütter, die Hausfrauen waren, sind nun in Städten Bettlerinnen und wissen nicht, wie sie ihre Kinder vor dem Hungertod bewahren können.

Die vermeintliche Befreiung afghanischer Frauen durch den „liberalen Frieden“ mündet so nach 20 Jahren in einer von den USA sanktionierten islamistischen Regierung, die weder der gesundheitlichen, politischen noch der sozio-ökonomischen Integrität von Frauen und Kindern gerecht werden kann.

¹⁵ Das Programm PROMOTE (Promoting Gender Equity in National Priority Programs) war das größte Geschlechterprogramm der Welt. Das Geld wurde von USAID bereitgestellt.

Forderungen aus der Friedensbewegung

von Wiltrud Rösch-Metzler

Militärinterventionen dürfen kein Mittel deutscher Außenpolitik sein. Sie werden uns als vermeintlich schnelle Lösung präsentiert, um Ruhe und Sicherheit in einem fremden Land herzustellen – bringen aber wie im Fall Afghanistans vor allem Leid über die dortige Zivilbevölkerung.

Die Invasion und Besetzung Afghanistans war keine legitime Maßnahme gegen terroristische Angriffe, da von Afghanistan kein Angriff auf die USA ausgegangen war. Der bislang 20-jährige „Krieg gegen den Terror“ wütete schlimmer als der Terror von 9/11 selbst, forderte hohe Opferzahlen und stärkte nicht nur in Afghanistan dschihadistische Gruppen. Unter den angeblichen Zielen der Terrorbekämpfung und des Staatsaufbaus wurden geostrategische Großmachtinteressen, Zugriff auf Rohstoffressourcen und Subventionierung des militärisch-industriellen Komplex‘ durchgesetzt.

Mit der Konferenz wollen wir einen Beitrag gegen die Täuschung der Öffentlichkeit über die wahren Motive von USA und der NATO beim 20-jährigen Afghanistan-Feldzug leisten.

Wir fordern, dass die neue Bundesregierung aus dem Nato-Krieg gegen Afghanistan folgende Schlüsse zieht:

- Die eigenständige Entwicklung anderer Länder, insbesondere von schwächeren, wirtschaftlich rückständigen Nationen muss respektiert werden. Wir treten ein für ein Zusammenwirken auch mit der Taliban Regierung bei der Beachtung der Prinzipien der UN Menschenrechtscharta
- Der Verantwortung für Menschenrechte gerecht zu werden, indem die vor NATO-Kriegen Geflohenen Unterstützung bekommen und in Deutschland eine Bleibeperspektive haben.
- Ohne erneute Bevormundung müssen ausreichende finanzielle und materielle Mittel für einen Wiederaufbau Afghanistans zur Verfügung gestellt und angemessene Entschädigungen für angerichtete Schäden an die Opfer und ihre Angehörigen geleistet werden.
- Die Bundesregierung muss ein Konzept menschlicher Sicherheit entwickeln, das Schutz vor Klimakatastrophen, Mangelernährung, Vertreibung und sozialer Verelendung schafft, statt weiterhin eine militärisch gestützte Sicherheit zu verfolgen, die sich vorwiegend an den eigenen Rohstoff- und Profitinteressen orientiert.
- Sie muss die Militärausgaben radikal zurückfahren und die frei werdenden Mittel z.B. für die eben genannten Forderungen einsetzen. Dies beinhaltet auch umfassende Hilfe für die traumatisierten Soldat*innen.
- Darüber hinaus fordern wir die Einberufung einer Afghanistankonferenz unter der Verantwortung des UN-Generalsekretärs und mit der Beteiligung Afghanistans und dessen Nachbarstaaten, in der regionale Kooperation und gemeinsame Sicherheit für den Frieden im Mittleren Osten thematisiert werden.

Wir fordern einen Paradigmenwechsel zu ziviler Sicherheits- und Friedenspolitik. Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen umgehend beendet werden!